



Leiharbeit ist eines der größten Übel unserer modernen Arbeitsgesellschaft

Miese Arbeitsbedingungen, Dumpinglöhne und Angst, von einem Tag auf den anderen wieder auf der Straße zu stehen - das ist die Regel bei vielen Leiharbeitsjobs.

Der Kampf gegen Leiharbeit und für menschenwürdige Beschäftigung wird auch weiterhin ein Schwerpunkt in der IG Metall sein. Die IG Metall wird auf gesetzlicher, tariflicher und betrieblicher Ebene gegen den Missbrauch von Leiharbeit vorgehen. Gemeinsam mit dem DGB will die IG Metall einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vorlegen. Nachfolgend drei der Forderungen die der 22. Ordentliche Gewerkschaftstag am 13. Oktober 2011 in Karlsruhe beschlossen hat.

Mitbestimmungsrechte ausbauen

Bisher haben die Betriebsräte in den Entleihbetrieben nur ein stark eingeschränktes Mitbestimmungsrecht bei Leiharbeit. Dieses Recht soll ausgebaut werden. Der Gewerkschaftstag fordert die volle Mitbestimmung, wie sie auch für Stammbeschäftigte gilt. Damit sollen beispielsweise die Zustimmungsverweigerungsrechte nach Paragraph 99 Betriebsverfassungsgesetz ausgedehnt werden.

Equal Pay und Equal Treatment

In Deutschland sind Leiharbeitnehmer

mer Beschäftigte zweiter Klasse. Meist wird ihnen eine gerechte Entlohnung und eine faire Behandlung verweigert. Der Gewerkschaftstag fordert die vollständige Gleichbehandlung der Leiharbeitnehmer mit den Stammbeschäftigten bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen - und zwar ab dem ersten Einsatztag. Über Tarifverträge sollen die Beschäftigungsbedingungen bei verleihter Zeit, Weiterbildung und Arbeitszeitkonten verbessert werden.

Einsatzdauer begrenzen

Auftragsspitzen abfangen und Personalengpässe beseitigen - das war der Ursprungsgedanke bei Leiharbeit. Doch tatsächlich werden bei der Leiharbeit fast immer arbeitsrechtliche und tarifliche Bestimmungen unterlaufen und häufig der Einsatzzeitraum maßlos ausgedehnt. Mehrere Jahre Einsatzdauer sind in manchen Firmen keine Seltenheit. Der Gewerkschaftstag fordert, die Begrenzung der Einsatzdauer auf maximal drei Monate oder eine arbeitsplatzbezogene Höchstüberlassungsdauer. Zudem soll der Einsatz auf Dauerarbeitsplätzen verhindert werden. Werden Leiharbeiter über diesen Zeitraum hinweg eingesetzt, kommt ein gesetzliches Arbeitsverhältnis zwischen Leiharbeitnehmer und Entleiher zustande.

Ebenso wird eine Verbesserung der gesetzlichen Möglichkeiten zur



Zusammenarbeit zwischen den Betriebsräten der Verleih- und der Entleihbetriebe gefordert.

Auszüge der Rede von Detlef Wetzel beim 22. Gewerkschaftstag zum Thema: Arbeit - sicher und fair, das ist und bleibt unser Ziel!

Leiharbeit werde zur Lohndrückerei und zur Spaltung der Belegschaften missbraucht. "Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Betrieben".

Weiter auf Seite 2

"Wer eine gute, funktionierende Gesellschaft will, muss der Jugend eine sichere Zukunft geben"

Zur Vermeidung der Zwei-Klassen-Gesellschaft gehört auch, dass Leiharbeitern, die in Schicht eingesetzt werden, auch die entsprechenden Zuschläge bezahlt wer-

den, oder dass sie wie in unserem aktuellen Fall, nicht mehr in Schicht eingesetzt werden.

Beschäftigte haben großes Interesse an einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gesundheit und mehr Zeitsouveränität. Flexibilisierung darf keine Einbahnstraße

sein, sondern muss auch den Beschäftigten zugute kommen. Deshalb fordern wir zum alten Gleitzeitmodell zurückzukehren!

Quellen:

IG Metall/VKL-Bosch-Rexroth, Frank Clausen. Peter Sigloch

Beschäftigungskonto

Seit über einem Jahr arbeiten wir nun schon positiv in das Beschäftigungssicherungskonto (BSK) Zuerst wurden nur die negativen Zahlen aus der Krisenzeit hereingeholt, jedoch seit Jahresanfang gibt es weite Teile die auch schon am positiven Aufbau arbeiten.

Der aktuelle Stand ist sehr unterschiedlich in den direkten und indirekten Bereichen.

Bei derzeit 341 Mitarbeiter (Stand 26.10.2011, 135 direkte und 186 indirekte, davon 27 in Teilzeit ohne BSK) haben bereits 48 direkte aber nur vier indirekte Mitarbeiter die +180 Std. erreicht. Hingegen sind 48 indirekte aber nur ein direkter Mitarbeiter noch im Minus. Das bedeutet, dass für zirka ein Drittel der Mitarbeiter im direkten Bereich ab 2012 keine Kapazitätsreserve in Form von BSK-Aufbau zur

Verfügung steht.

Die KollegInnen bei +180 Std. fragen sich nun, wie geht es weiter? Was ist, wenn weiter aufgebaut wird?

Diejenigen die noch im Minus (oder bei unter +110 Std.) sind, fragen sich natürlich, was passiert wenn wieder eine Krise kommt?

Uwe Elbe und Peter Sigloch

Pikant

Sauberkeit im Betrieb

Wir wollen hier ein wenig erfreuliches Thema ansprechen: Die Sauberkeit in unseren Sanitärräumen.

Mitte des Jahres wechselte die Reinigungsfirma und es sah eine Zeitlang nicht besonders einladend in unseren Sanitärräumen aus. Inzwischen hat sich die Situation gebessert, nur auf wessen Kosten?

Liegt es wirklich an der Reinigungsfirma, wenn die Räume unsauber sind?

Das Unternehmen, das die Reinigung bei uns übernimmt wird in regelmäßigen Abständen, im harten, preisli-

chen Wettbewerb, ermittelt.

Grundlage für das Angebot ist ein Leistungsverzeichnis, wo alle Arbeiten und die dazugehörige Häufigkeit aufgeführt sind.



Die Mitarbeiter, die man auch als KollegInnen betrachten kann, haben dann die Wahl nach Leistungsverzeichnis, oder zusätzliche Leistungen zu erbringen, die aber nicht unbedingt bezahlt werden.

Die Verschmutzungen werden sicherlich nicht von den Mitarbeitern der Reinigungsfirma verursacht, sondern von uns!

Es wäre ganz einfach: Verlasst das „Örtchen“ so, wie ihr es anzutreffen wünscht.

Wenn der Eine oder die Andere zum Nachdenken angeregt wurde, freut es uns. Wir wünschen uns viel Erfolg bei der Verbesserung.

Uwe Elbe

IG Metall warnt vor Folgen zunehmender psychischer Erkrankungen in den Betrieben

Berlin - Die IG Metall hat vor den Folgen zunehmender psychischer Erkrankungen in der Arbeitswelt gewarnt und von Arbeitgebern und Politik mehr Bereitschaft zur Prävention gefordert.

"Mit der rasanten Zunahme von arbeitsbedingtem Stress und psychischer Erkrankungen tickt eine gesellschaftliche Zeitbombe", sagte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall am Dienstag in Berlin. Stress und Burnout hätten längst in Werkstätten, Fabrikhallen und Büros in einem Tempo und einem Ausmaß um sich gegriffen, dass es fahrlässig sei, diese Problem unter fernem Liefen zu behandeln. "Wir wollen alle Akteure, die zur Bewältigung dieses Problems beitragen können, aufrütteln", betonte Urban.

Der Gewerkschafter verwies auf die Ergebnisse einer Umfrage unter Betriebsräten. Danach wird von 86 Prozent der Befragten der Anstieg psychischer Erkrankungen in den Betrieben als ernst zu nehmendes Problem wahrgenommen. Rund 40 Prozent der Betriebsräte geben an, dass psychische Erkrankungen stark bzw. sehr stark im Unternehmen zugenommen haben. Insgesamt 68 Prozent der Betriebsräte geben an, dass arbeitsbedingter Stress und Leistungsdruck in den Unternehmen besonders seit der



Psychische Erkrankungen in der Arbeitswelt nehmen immer mehr zu. Die IG Metall fordert von den Arbeitgebern und der Politik mehr Bereitschaft zur Prävention.

Krise erheblich gestiegen sind.

Urban stellte eine eklatante Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung des Problems und den tatsächlichen Hilfs- und Präventionsangeboten in den Betrieben fest. In 43 Prozent der Betriebe gab es keine Hilfen und in 26 Prozent zu wenige Hilfen für Burnout-Betroffene. Insgesamt 73 Prozent der Betriebsräte sind der Meinung, dass in den Betrieben mehr für den Gesundheitsschutz getan werden müsste.

Der Sozialexperte kündigte an, die IG Metall werde arbeitsbedingten Stress und seine gesundheitlichen Folgen zum Thema in den Betrieben und gegenüber der Politik machen. "Gesundheit darf nicht hinter betriebswirtschaftlichen Erfolgszahlen und der Wettbewerbsfähigkeit zurückstehen", kritisierte Urban. Arbeitgeber müssten mehr in den Gesundheitsschutz investieren.

Die IG Metall wolle die Betriebsräte beim Thema psychische Erkrankungen, wie Burnout, stärker unterstützen. Urban stellte die Arbeitshilfe "Burnout. Betriebsräte als Lotsen für Burnout-Betroffene" vor.

Der Gewerkschafter kritisierte, dass bei Gesundheitsgefahren durch arbeitsbedingten Stress und psychische Belastungen eine eklatante Schutzlücke bestehe, die dringend geschlossen werden müsse. "Bei allen klassischen Gesundheitsgefährdungen wie Gefahrstoffe und Lärm gibt es konkrete Präventionsregeln. Bei arbeitsbedingtem Stress: Fehlanzeige", kritisierte Urban. Hier müsse endlich mit einer Anti-Stress-Verordnung nachgebessert werden.

Quelle:
Pressemitteilung der IG Metall vom 27. September 2011

Vorstellung der Redaktion

Der Betriebsrat und die Vertrauenskörperleitung haben sich entschlossen eine neue Betriebszeitung ins Leben zu rufen. Diese soll im Zeitraum um die Betriebsversammlungen erscheinen. Es werden aktuelle Themen angesprochen, betriebliche und gewerkschaftliche Termine bekannt gegeben.

Ansprechpartner sind:

Von links:

Frank Clausen,
W721912, Tel.: 31701

Uwe Elbe,
DC-IA/EAT3, Tel.: 7879

Hildegard Barbieri,
DC-IA/EAT2, Tel.: 23658

Peter Sigloch,
W721912, Tel.: 41633



Über Beiträge, Artikel oder Anregungen
würden wir uns freuen.



Termin der nächsten Betriebsversammlung:

Montag, 21. November 2011 um 9.30 Uhr in der Kantine

Impressum

Herausgeber: IG Metall Stuttgart · **Verantwortlich:** Hans Baur, 1. Bevollmächtigter IG Metall Stuttgart; Theodor-Heuss-Str. 2, 70174 Stuttgart, E-Mail: jordana.vogiatzi@igmetall.de · Internet: www.stuttgart.igm.de

Redaktion: Frank Clausen, Tel. 31701; Uwe Elbe, Tel. 7879; Hildegard Barbieri, Tel 23658; Peter Sigloch, Tel 41633

Gestaltung und Druck: hartmann Druck Wildberg

Bilder: S. 2 © Graça Victoria - Fotolia | S. 2 © C. Braune | S. 3 Karikatur © Gerald Moll | S. 3 © Yuri Arcurs - Fotolia